

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan Telefon (075) 232 42 42 Fax Redaktion (075) 232 29 12 Fax Inserate (075) 232 95 46 Amtliches Publikationsorgan 80 Rp.

AKTUELL

Doppelt soviel Geld für Strasse wie für Schiene

Bern (AP) Die öffentliche Hand hat im vergangenen Jahr laut Litra doppelt soviel Geld für den Strassenbau wie für die Schieneninfrastruktur ausgegeben. 1993 wurden 4,425 Milliarden Franken Gelder in den Neu- und Ausbau von Strassen gesteckt. Für das Schienennetz wendete die öffentliche Hand 2,202 Milliarden Franken auf, wie der Informationsdienst für den öffentlichen Verkehr (Litra) am Mittwoch mitteilte.

Überschuss der Ertragsbilanz deutlich gesunken

Zürich (AP) Der Überschuss der Schweizer Ertragsbilanz ist im zweiten Quartal um 1,7 Milliarden auf 4,7 Milliarden Franken gesunken. Wie die Schweizerische Nationalbank (SNB) am Mittwoch mitteilte, ging der Aktivsaldo der Handelsbilanz um 0,6 auf 0,2 Milliarden Franken zurück. Der Überschuss der Dienstleistungsbilanz ging leicht um 0,1 auf 3,0 Milliarden Franken zurück, während der Überschuss der Bilanz der Arbeits- und Kapitaleinkommen gegenüber dem Vorjahresquartal um 0,7 auf 2,8 Milliarden Franken sank.

Treibstoff dank Dollar-schwäche billiger

Baar/Zürich/Basel (AP) Führende Benzinfirmen haben am Mittwoch die Andienungspreise für Benzin und Dieselloh um zwei Rappen je Liter gesenkt.

Für privatisierten Strafvollzug in der Schweiz

Zürich (AP) Die Privatisierung des Strafvollzugs kann den Staat nach Ansicht von Urs Clavadetscher, dem Ex-Direktor der bernischen Strafanstalt Thorberg, von ungedeckten Defiziten in zweistelliger Millionenhöhe entlasten. Clavadetscher stellte am Mittwoch in Zürich ein Konzept vor, das unter anderem von einem wesentlich geringeren Personalbedarf zur Betreuung von Sträflingen ausgeht. In einer Projektstudie der von Clavadetscher geführten Firma Correctas Schweiz AG in Kreuzlingen (TG) wird ein im Baukastensystem konzipiertes Standardgefängnis für 200 Insassen vorgeschlagen, das eine Fläche von 32 500 Quadratmetern Land beansprucht. Das äussere Erscheinungsbild des Gebäudes soll keinen Gefängnischarakter haben.

Besinnung auf das Kulturerbe an den «Tagen des Denkmalschutzes»

Pressekonferenz von Regierungsrätin Dr. Andrea Willi über die bevorstehenden Aktionen – Gemeinsam mit den Europaratsstaaten

(G. M.) – Der Europarat rief für dieses Jahr bereits zum zweiten Mal zu den «Tagen des offenen Denkmals» auf. Unser Land wird dabei mitmachen, wie Regierungsrätin Dr. Andrea Willi gestern an einer Pressekonferenz erklärte. Den Auftakt gibt ein Festakt am 9. September, an den zwei folgenden Tagen stehen verschiedene unter Denkmalschutz stehende Bauten für öffentliche Besichtigungen und Führungen zur Verfügung.

Ziel dieser Veranstaltung ist es, erklärte Regierungsrätin Dr. Andrea Willi an der Pressekonferenz, auf Fragen des Kulturwertes und der Kulturerhaltung einzugehen. Damit soll die Bedeutung der Aufgabe, das architektonische Erbe zu erhalten und zu pflegen, unterstrichen werden. Für das Fürstentum Liechtenstein sind diese Tage des offenen Denkmals ein besonderer Anlass, denn gleichzeitig kann auch auf das 50jährige Bestehen des ersten Denkmalschutzgesetzes hingewiesen werden, das 1977 durch ein moderneres Gesetz abgelöst wurde.

Denkmal bedeutet auch «denk mal»

Regierungsrätin Willi benutzte an der Pressekonferenz das bekannte Wortspiel, wonach «Denkmal» auch «denk mal» bedeuten könnte. Die Aktionen mit der Möglichkeit zur Besichtigung



Pressekonferenz zu den bevorstehenden «Tagen des offenen Denkmalschutzes in Liechtenstein» durch Regierungsrätin Dr. Andrea Willi, zuständig für Kultur in der Regierung. Rechts neben ihr Architekt Michael Pattyn vom Hochbauamt.

(Bild: Beat Schurte)

von unter Denkmalschutz stehenden Bauwerken sollen deshalb auch dazu benützt werden, um stillzuhalten und nachzudenken über die Vergangenheit. Noch immer wird dem Denkmalschutz nicht die notwendige Bedeutung beige-

messen, weil nach Angaben von Regierungsrätin Willi die Leute den Wert eines Denkmals nicht einsehen oder vielleicht nur die höheren Kosten im Auge haben, wenn es um die Erhaltung und die damit verbundene Restaurierung ei-

nes Bauwerkes oder eines Gebäudeensembles gehe. Regierungsrätin Willi rief deshalb zur Besinnung auf den Denkmalschutz auf. Die am 10. und 11. September geplanten Aktionen bieten nach ihrer Überzeugung die Möglichkeit, Vergangenes mit Heutigem zu vergleichen – und vielleicht daraus zu lernen.

Verbindung mit Gesetzesjubiläum

Als beispielhaft für Liechtenstein bezeichnete Dipl. Arch. Michael Pattyn, Sachbearbeiter für Denkmalschutzfragen im Landesbauamt, den Umstand, dass schon 1944 ein erstes Denkmalschutzgesetz geschaffen worden sei. Zusammen mit dem Mitmachen an der Aktion des Europarates kann in Liechtenstein auch die gesetzlichen Grundlagen in einer Art Jubiläum gefeiert werden. Viele Bauwerke sind aufgrund dieses Gesetzes und des Nachfolgegesetzes von 1977, das auch den Ortsbildschutz miteinbezog und vom reinen Bautenschutz wegging, erhalten worden. Nach Angaben von Michael Pattyn sind rund 150 Objekte im Fürstentum Liechtenstein unter Denkmalschutz gestellt worden. Allerdings handelt es sich, wie er weiter ausführte, nur um die Rettung eines Bruchteils des tatsächlich erhaltenswerten Kulturgutes.

(Mehr darüber auf Seite 3)

Der Bundesrat will nicht mehr Bundesrichter

Zusätzliche juristische Mitarbeiter sollen Lausanner Richter entlasten

Bern (AP) Der Schweizer Bundesrat empfiehlt den Eidgenössischen Räten, die Zahl der Bundesrichter entgegen dem Willen der ständerätlichen GPK nicht zu erhöhen. Zur Entlastung des Bundesgerichts sollen hingegen Stellen für zusätzliche juristische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewilligt werden, wie das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) am Mittwoch mitteilte.

Der Bundesrat habe eine Totalrevision der Bundesrechtspflege (OG) veranlasst, um eine dauerhafte Lösung für die Probleme des Bundesgerichts zu finden; Durchführung und Erfolg dieses Projektes sollten jetzt nicht durch Teilrevisionen beeinträchtigt werden, schreibt das EJPD. Der Bundesrat bekräftigte laut Mitteilung seinen Willen, der Total-

revision der Bundesrechtspflege Priorität zu geben, weil nur sie auf längere Sicht ein befriedigendes Funktionieren des höchsten Schweizer Gerichts gewähre. Er behalte sich aber vor, in ungefähr zwei Jahren erneut zu prüfen, ob eine Erhöhung der Zahl der Bundesrichter zweckmässig wäre.

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Ständerates verlangt mit einer Parlamentarischen Initiative die Schaffung einer dritten öffentlichrechtlichen Kammer. Diese liesse sich laut GPK bereits mit zwei zusätzlichen Bundesrichtern verwirklichen. Die Kommission versteht ihren Vorschlag nach eigenen Angaben als Übergangslösung, welche die Entscheide über die Totalrevision des OG nicht präjudizieren dürfe. So müsse es möglich bleiben, die Zahl

der Mitglieder des Bundesgerichts nach dem Inkrafttreten des umfassend revidierten Bundesrechtspflegegesetzes abzubauen, und zwar auch unter die bisherige Zahl von 30 Richterinnen und Richtern. Im Jahre 1980 hatte das Bundesgericht einen Personalbestand von 62 Stellen; 1990 waren es 153 Stellen und heute sind 164 Stellen vom Parlament bewilligt.

Das Bundesgericht hatte im jüngsten Geschäftsbericht einen Hilfeschrei wegen Überlastung ausgestossen. Bei einer Sitzung mit der GPK sprach sich die Mehrheit des Gremiums dann aber doch gegen eine Erhöhung der Zahl der Bundesrichter aus. Dem Vernehmen nach beantragt das Lausanner Gericht stattdessen rund fünf zusätzliche juristische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Volksbegehren für Vollkanton Basel-Stadt

Basel (AP) Das Komitee Vollkanton Basel-Stadt hat am Mittwoch der Staatskanzlei die Initiative für einen Vollkanton Basel-Stadt übergeben. 5300 Menschen unterschrieben das Begehren, wie die Urheber an einer Pressekonferenz bekanntgaben. Hängig ist im Stadtkanton bereits ein Volksbegehren für den Beitritt zum Kanton Basel-Landschaft.

Die Urheber der Vollkanton-Initiative, die im vergangenen Februar lanciert wurde, sind gemäss eigenen Angaben junge, wirtschaftlich orientierte Berufsleute. Der Erstunterzeichner, alt Ständerat Carl Miville (SP), sagte bei der Übergabe der Unterschriften im Basler Rathaus, es gehe den Initianten nicht darum, der Partnerschaft mit dem Kanton Basel-Landschaft oder gar der Wiedervereinigung beider Basel einen Riegel zu schieben. Er sei selber ein Anhänger der Wiedervereinigung. Auf dieses Ziel hin könnten aber auch zwei Vollkantone arbeiten. Miville bezeichnete die Halbkantone als staatspolitische Fehlkonstruktion.

Bei der Annahme der Initiative durch die Basler Stimmberechtigten soll die Kantonsverfassung folgendermassen ergänzt werden: Die Behörden des Kantons Basel-Stadt wirken darauf hin, dass der Kanton Basel-Stadt zu einem Vollkanton mit einer ganzen Ständesstimme und mit zwei Mitgliedern des Ständerates wird.

Europacup: Schaan verlor nur knapp mit 0:1

Ausgezeichnete Leistung des Liechtensteiner Zweitligisten gestern gegen das bulgarische Team FC Pirin

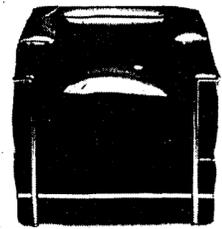


Mit einer vorzüglichen Leistung verabschiedete sich der FC Schaan gestern aus dem Europacup der Cupsieger. Die Liechtensteiner unterlagen dem bulgarischen Profi-Team nur knapp mit 0:1. Unser Bild zeigt das einzige Tor des Bulgaren Iankov.

huber
Wahnsinn
Lohn
Waren
schmeckt
Juwelen

VADUZ • STÄDTLE 34 • RATHAUSPLATZ
LECH A. ARLBERG • AMBROSIUSPASSAGE

LE CORBUSIER



THONY

9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16  **WOHNEN**
jeden Samstag geöffnet bis 16 Uhr